Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Rechtsliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Schokoladen, Kakaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden,** Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. An Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Weihnachts-Ausstellung
Dresden-Altst. **B. A. Müller** Prager Str. 32
Königlich Sächsischer Hoflieferant
Galanterie-, Sport- und Spielwarenhaus.

Neuheiten:
Familien-Rahmen
Kettentaschen
Papierkörbe
Pompadours
u. s. w.
Photographie-Albums in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Str. 3, nahe dem Altmarkt

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Jagd-Ausrüstungen ✕ Joppen ✕ Mäntel ✕ Anzüge ✕ Hüte ✕ Mützen
neu eingetroffene Winterwaren, in grösster Auswahl empfiehlt **Jos. Flechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** part. und I. Etage.

Nr. 330. Spiegel: Eröffnung des Reichstags. Versteckte Lotterien, Freiberger Bergakademie, Kolonialgesellschaft, Gerichtsverband. „Manon Lescaut", Kunstverein. Börsenwochenbericht. | Wurmaßliche Witterung: **Veränderlich, stürmisch.** | **Sonntag, 29. November 1903.**

Eröffnung des neuen Reichstages.

Der neugewählte Reichstag tritt am Donnerstag nächster Woche zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Empfindungen, mit denen das deutsche Volk diesem Ereignis entgegensieht und den Neuling im voraus auf seine parteipolitischen und geistigen Qualitäten hin kritisch betrachtet, sind ziemlich frostiger und zurückhaltender Natur. Einmal steht man im Reiche doch noch überall mehr oder weniger unter dem Eindrucke der Erinnerung an die beispiellos heftigen zollpolitischen Kämpfe, von deren Toben das Reichshaus am Ende der letztverflossenen Legislaturperiode widerhallte, und durch deren von der Sozialdemokratie und dem mit ihr verbündeten weiblichen Freisinn verschuldeten, vielfach so schwer entwürdigenden Charakter das Ansehen des Parlamentarismus im Lande weithin diskreditiert worden ist. Im Zusammenhange hiermit muß man auch unwillkürlich der widrigen Szenen auf dem Dresdner Parteitage der Sozialdemokratie gedenken, durch die das jedem persönlichen und politischen Anstande hohnsprechende Betragen der sozialdemokratischen Abgeordneten in dem letzten Reichstage womöglich noch übertrumpft wurde. Aus der Mitte einer in der Wahl ihrer Kampfmittel so völlig skrupellosen Partei heraus ist nun überdies der Vorschlag gemacht worden, den Reichstag im größten Maßstabe zu einem agitatorischen Tummelplatze durch die Einbringung radikaler Anträge zu machen, durch die vom sozialdemokratischen Standpunkte aus erprobt werden soll, ob die sogenannten „Revisionisten" in der Partei sich auch in der parlamentarischen Praxis zu ihren angeblich „gemäßigten" Grundsätzen bekennen oder ob sie durch ihre Abstimmung beweisen, daß ihnen ebenso wie den „unentwegten" Vorkämpfern der „schwieligen Faust" die sozialrevolutionäre Propaganda über alles geht und der Weisheit letzten Schluß bildet. Es ist nur zu begreiflich, wenn sich angesichts einer solchen Perspektive gleich von vornherein dem neuen Reichstage gegenüber in allen Kreisen, die auf ernsthafte parlamentarische Arbeit bedacht sind, eine merkliche Abkühlung der Temperatur bemerkbar macht. Der stark „gemischten" Gesellschaft, welche die neugewählte Volksvertretung des Reiches mit ihrer umfangreichen Zahl von Mitgliedern der Umsturzpartei darstellt, entsprechen eben naturgemäß die „gemischten" Gefühle, denen sie in der öffentlichen Meinung begegnet. Daß von der Mehrheit des Reichstages aus dem allgemeinen Widerwillen gegen das von der Sozialdemokratie beliebte Gebahren, dem noch durch die unqualifizierbaren Exzesse bei den preußischen Landtagswahlen die Krone aufgesetzt worden ist, die richtige Konsequenz zunächst bei der Besetzung des Präsidiums gezogen werden wird, steht außer Frage. Bezeichnend für die in dieser Hinsicht herrschende Stimmung — das winzige Häuflein derer um Dr. Barth, das sich den Umstürzlern mit Haut und Haaren verschrieben hat, zählt nicht mit — ist eine Auslassung Eugen Richters in der „Freis. Ztg.", in der der genannte freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete sehr kurz und bündig darauf hinweist, daß es einen rechtlichen Anspruch auf Präsidentenstellen überhaupt nicht gibt und daß im Plenum keinerlei Diskussion über Präsidentenwahl stattfinden darf. Im Seniorenkonvent aber werde man kurzweg gegenüber einem sozialdemokratischen „Anspruch" auf die zweite Vizepräsidentenstelle den Einwand erheben, daß die Sozialdemokratie sich nicht für verbunden erachtet, die herkömmlichen Beziehungen zum Hofe durch einen Vizepräsidenten aufrecht zu erhalten. Somit wird die zweite Vizepräsidentenstelle wieder den Nationalliberalen zufallen, die erste den Konservativen und das Präsidium, wie bisher, dem Zentrum, in der Person des Grafen Ballestrem, der seine einmal unter dem deprimierenden Eindrucke der zollpolitischen Kämpfe gegebenen Andeutung, daß ihm die Bürde der Reichstagsleitung zu schwer geworden sei, nicht wieder erneuert hat.

Im öffentlichen Interesse kann man nicht dankbar genug dafür sein, daß sich heutzutage überhaupt noch durch Geist und Charakter gleichmäßig ausgezeichnete Männer finden, die bereit sind, in einer so sehr von demagogischen Trieben beherrschten Körperschaft, zu der sich unser Reichstag allmählich entwickelt hat, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Früher, in den ursprünglichen Glanzzeiten unseres Parlamentarismus, unmittelbar nach der Gründung des Reiches, war das anders. Da bestand noch ein festes geistiges Band zwischen dem Reichstage und der Nation; da gebaren die großen bewegten Zeiten auch wahrhaft große Parlamentarier und bedeutende Redner, die zündende Gedankenblitze in die Debatte zu werfen verstanden, deren Worten die Bevölkerung draußen mit Begeisterung lauschte. Damals stand der parlamentarische Ton im deutschen Reichstage auf seiner höchsten Höhe, und für einen Präsidenten war es „eine Lust, zu leben". Heute dagegen herrschen im Reichshause parteipolitische Engherzigkeit, kleinliche taktische Rücksichten und eine in ihren einzelnen Erscheinungsformen vielfach recht unschöne Kompromißpolitik, bei der nur zu oft die Grenze verwischt wird, an der nationale und ethische Grundsätze und Interessen ein weiteres Teilchen eigentlich ausschließen sollten. Dazu hat sich der politische Ton infolge der zunehmenden Demagogisierung gewisser Parteien zusehends verschlechtert, und das alles muß auf feinfühlige Persönlichkeiten mit Notwendigkeit so abstoßend und entmutigend wirken, daß es in der Tat als ein persönliches Opfer zu bewerten ist, wenn sich unter solchen Umständen parlamentarische Ritter ohne Furcht und Tadel dazu herbeilassen, das Präsidium des Reichstags zu übernehmen und mit unparteiischer Würde ihres schweren und nur zu oft überaus undankbaren Amtes zu walten. Dem Grafen Ballestrem insbesondere ist noch heute unvergessen, was er bis zur völligen persönlichen Erschöpfung, auf die Gefahr eines nervösen Zusammenbruchs hin — mußte er doch einmal sogar zur Präsidententribüne geführt werden — am Schlusse des vorigen Reichstags bei Gelegenheit der unerhörten Vorgänge während der sozialdemokratischen Obstruktion im Interesse des schwer bedrohten Parlamentarismus geleistet hat. Die Mehrheit auch des neuen Reichstags bringt ihm ihr unverändertes Vertrauen entgegen, weil sie überzeugt sein darf, daß unter seiner Leitung der Geschäfte nichts unversucht gelassen werden wird, um unziemliche demagogische Tendenzen in ihrem aufdringlichen Uebereifer zu dämpfen und aus dem Reichstage unter gleichzeitiger Hebung des allgemeinen Tones nach besten Kräften wieder eine Stätte fruchtbarer gesetzgeberischer Arbeit zu machen.

Wenig ermutigend nach dieser Richtung klingt freilich die Meldung, daß die Zahl der von den verschiedenen Parteien geplanten Initiativanträge alles Maß zu überschreiten droht. Die Initiativanträge sind im Laufe der Zeit ein beliebtes Mittel der Parteien geworden, um sich in der allgemeinen Wettjagd nach „Volkstümlichkeit" hervorzutun. Je mehr eine politische Partei auf die Gunst der großen Massen spekuliert, desto zahlreicher pflegt sie zu Beginn einer Session ihre Initiativanträge auf den Tisch des Hauses herniederprasseln zu lassen, desto bombastischer häuft sie in solchen Anträgen zugkräftige Schlagworte an und desto skrupelloser stellt sie unmögliche Forderungen auf, von denen sie im voraus genau weiß, daß an eine Verwirklichung gar nicht zu denken ist. Den Rekord in diesem Wettrennen um die Gunst der Menge, die nur schlecht zwischen Versprechen und Erfüllung zu unterscheiden weiß, hat selbstverständlich die Sozialdemokratie erzielt. Indessen auch das Zentrum ist in den Kniffen und Praktiken der Initiativanträge nur zu wohl bewandert und weiß in seiner Art sogar noch geschickter und wirksamer damit zu operieren, als die infolge ihres uferlosen Radikalismus meist recht tölpische Sozialdemokratie. Die Durchberatung aller Initiativanträge in einer Session ist so gut wie unmöglich; allein zu Anfang der letzten Reichstagstagung, die vom Herbst 1900 bis zum Mai 1903 dauerte, war eine derartige Anzahl davon eingebracht worden, daß am Schlusse der Legislaturperiode noch ein halbes Hundert unerledigt zurückbleiben mußte. Die gegenwärtige Art der parlamentarischen Behandlung der Initiativanträge gipfelt darin, daß alle in den ersten 10 Tagen der Session eingebrachten Anträge dieser Art als gleichzeitig eingebracht gelten und damit ein gemeinsames Vorzugsrecht genießen. Zuerst gelangt davon ein Antrag der größten Fraktion, also des Zentrums, zur Besprechung und daran schließt sich dann je ein Antrag der übrigen Parteien in der Reihenfolge ihrer Stärke; ist die Reihe abgelaufen, so fängt dasselbe Spiel wieder von vorne an und so mit Grazie ins Unendliche weiter.

Das Arbeitsprogramm des neuen Reichstags in seiner ersten Session wird, soviel bis jetzt bekannt geworden ist, außer dem Etat die Entwürfe eines Militärpensionsgesetzes, über kaufmännische Gerichte, eines Automobil-Polizeigesetzes, sowie über die Entschädigung unschuldig Verhafteter umfassen. Außerdem ist eine Novelle zum Börsengesetz angekündigt worden und ferner ist das Handelsprovisorium mit England, das bereits am 31. Dezember dieses Jahres abläuft, zu erneuern. Ueber den sonstigen Handelsverträgen lagert noch völlige Ungewißheit, so daß zur Zeit nicht abzusehen ist, ob sie überhaupt in der laufenden Session zur Beratung gelangen werden. Der Reichstag hat also dieses Mal keine Ueberfülle von Arbeit vor sich, was im Interesse der Gesetzgebung selbst, die unter dem Zuviel der letzten Jahrzehnte stark gelitten hat, sehr zu begrüßen ist. Um so näher liegt dann aber auch die Versuchung für die agitatorisch veranlagten Parteiredner, die üblichen „Etatsplaudereien" in ungebührlicher Weise zu verlängern, zumal angesichts der jüngsten verschiedenen Vorkommnisse, insbesondere auf prozeßrechtlichem Gebiete, die zu einer Aussprache herausfordern. Es ist nur zu wünschen, daß die staatserhaltenden Parteien in dieser Hinsicht eine verständnisvolle Initiative ergreifen, indem sie sich in sachlich vertiefter Art zu Dolmetschern der berechtigten Beschwerden der öffentlichen Meinung machen und dadurch der doch nur auf agitatorische „Fensterreden" bedachten Sozialdemokratie das Heft aus der Hand winden.

Neueste Drahtmeldungen vom 28. November.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Neuen Palais fand gestern auf Befehl des Kaisers eine musikalische Veranstaltung statt. Das Kaiserpaar zeichnete die Künstler wiederholt durch Ansprachen aus. — Der „Gauß" ging heute von Kiel in See zur Vornahme magnetischer Beobachtungen, der letzten Arbeit, die auszuführen ist. — Der Kaiser hat den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, General der Kavallerie v. Massow, zum Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt. — Das Ritterkreuz erster Klasse des sächsischen Albrechtsordens erhielt der Regierungssekretär Pfefferkorn in Metz. — Das oldenburgische Hoflager ist heute von Lensahn nach Oldenburg übergesiedelt. — Graf Hektor Kwilecki erklärte, daß weder seine Eltern noch er selbst Zeugengebühren im Prozeß gegen die Gräfin Isabella liquidiert haben. Es habe auch eine derartige Absicht niemals bestanden. — Der Kolonialetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 38½ Mill. Mark ab. Zu den Ausgaben schießt das Reich 26,9 Mill. Mark (174 000 Mk. weniger) zu. Der Zuschuß für Ostafrika beträgt 6,2 Mill. (816 000 Mk. mehr). Zur Fortführung der Eisenbahn Tanga—Muhesa—Moroque—Mombo werden als zweite Rate 1,8 Mill. Mark verlangt. Ferner sind u. a. Forderungen eingestellt zum Rückkauf der Plantage Kurasini, da das Terrain für eine Wasserleitung und Werftanlage in Daressalaam gebraucht wird. Ferner ist ein Betrag für die Grenzregulierungsarbeiten eingestellt. Die Regulierung der Grenze des Schutzgebiets gegen Britisch-Ostafrika ist in der letzten Zeit immer dringender geworden. Kamerun erfordert einen Zuschuß von 1,1 Mill. Mark (178 000 Mark weniger). Das Schutzgebiet Togo deckt seine Ausgaben durch die eigenen Einnahmen. Für den Bau der Eisenbahn von Lome nach Klein-Popo ist eine dritte Rate mit 450 000 Mark eingestellt. Südwestafrika verlangt einen Zuschuß von 5,4 Mill. Mark (844 000 Mark weniger), Neu-Guinea einen solchen von 0,9 Mill., Kiautschou einen solchen von 12,6 Mill. Mark (230 000 Mark mehr). Hier handelt es namentlich um die Herstellung der notwendigsten Hafeneinrichtungen zur Aufnahme des in schneller Entwicklung befindlichen Handels und Verkehrs, da die Schantung-Eisenbahn im Rechnungsjahre 1904 vollendet werden soll. Der Zuschuß für die Karolinen ist auf 168 000 Mark heruntergegangen, für Samoa endlich beträgt der Zuschuß 235 000 Mark.

Berlin. Der Bundesrat stimmte in seiner heutigen Sitzung den Ausschußberichten über die Vorlage betreffend den § 12 Abs. 3 des Gesetzes bezüglich der Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 und über den Entwurf des Etats des Reichsheeres zum Reichshaushaltsetat für 1904 zu.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kreuzer „Falke" ist am 24. November in Santo Domingo eingetroffen, am 27. d. M. von dort nach San Juan de Portorico in See gegangen, und geht am 29. November von dort nach St. Thomas. „Gazelle" ist am 26. November, „Panther" am 27. November in St. Thomas eingetroffen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Der 6. Gastwirtstag (Hauptversammlung des Sächsischen Gastwirtsverbands) findet im kommenden Jahre vom 7. bis 12. Juni in Glauchau statt. Mit dem Verbandstage wird eine Fachausstellung verbunden sein. — In der Zeit vom 15. bis 23. Oktober n. J. findet hier der 7. internationale Markt (Ausstellung von Motorfahrzeugen, Motoren, Motorrädern, Fahrrädern usw.) statt.

Crimmitschau. (Priv.-Tel.) Heute nachmittag haben die ausständigen Textilarbeiter zehn öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen über die Versuche der Unternehmer, Arbeitswillige von auswärts herbeizuziehen, referiert wurde. In den Versammlungen, die überaus stark polizeilich überwacht wurden, beschloß man, an der Forderung des Zehnstundentages festzuhalten und den Kampf mit allen Kräften weiterzuführen.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Eine aus 5 Fahrzeugen bestehende Fischerflottille aus Finkenwärder an der Elbe ist seit mehreren Tagen überfällig. Jetzt muß man es leider für zweifellos halten, daß die Kutter mit der gesamten Mannschaft untergegangen sind.

Breslau. (Priv.-Tel.) Wegen Unterschlagung von 158 005 Mark amtlicher Gelder der Gemeindeschulen und Kirchen verurteilte das Schwurgericht in Gleiwitz den Gemeindekassenrendanten Borzutzki aus Zabrze zu 4 Jahren Gefängnis.

München-Gladbach. Die anläßlich der morgen stattfindenden Einweihungsfeierlichkeiten der Kaiser Friedrich-Halle errichtete Ehrenpforte, die ein mittelalterliches Einfahrtstor mit zwei großen, durch einen Bogen verbundenen Türmen darstellte, ist heute morgen vollständig in sich zusammengestürzt. Der Weg zum Bahnhof war dadurch längere Zeit gesperrt. Die prachtvolle Ausschmückung der Stadt hat durch den hier herrschenden Sturm sehr gelitten.

Beuthen (Oberschl.). (Priv.-Tel.) Die Strafkammer verurteilte den Verleger Kowalczyk und den verantwortlichen Redakteur Schriftsetzer Zielva von dem polnischen Blatte „Gornoslazak" wegen Vergehens gegen das Preßgesetz zu 6 bezw. 4 Wochen Gefängnis. Kowalczyk hatte es zugelassen, daß Zielva verantwortlich zeichnete, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß dieser nicht die für einen Redakteur erforderliche Bildung besaß.

Wien. Italienische und slavische Studenten inszenierten heute vor der Universität und dem Parlament eine Kundgebung, um dadurch dem Wunsche nach nationalen Universitäten Ausdruck zu geben. Die deutschnationale Studentenschaft veranstaltete eine Gegenkundgebung. Beim Zusammenstoß der beiden Parteien wurden 9 Studenten verhaftet.

Wien. (Priv.-Tel.) Wie aus Djakov in Albanien gemeldet wird, herrscht dort eine starke Bewegung gegen die Reformen. Die mohamedanische Bevölkerung wollte das Kastell stürmen, um sich Waffen und Munition zu verschaffen. Reiche Mohamedaner hatten große Summen für die Aktion gegen die Reformen gespendet.

Lemberg. Das Unterrichtsministerium hat die Entscheidung des akademischen Universitätssenats in Lemberg bestätigt, wonach 8 ruthenische Universitätshörer wegen Beschimpfung des Rektors Pater Fijalek in dem Hörsaale der theologischen Fakultät von der Universität relegiert werden.

Paris. (Priv.-Tel.) Vor den Geschworenen zu Toulouse plädierte gestern zum ersten Male ein weiblicher Verteidiger, Fräulein Dilhan; sie erlangte für ihre Klientin, eine des Verwandtenmordes bezichtigte Frau Dumas, mildernde Umstände.

Paris. (Priv.-Tel.) Columbien erklärte der französischen Regierung amtlich, sie werde die Rechtsame der französischen Kanalgesellschaft für nichtig erklären und den Kanal in Beschlag nehmen, wenn die Gesellschaft ihre Rechte an die Vereinigten Staaten abtrete.

La Rochelle. Ein Orkan hat in der vergangenen Nacht in der Stadt und Umgebung erheblichen Schaden verursacht. Mehrere Fischerbarken sind untergegangen.

Basel. (Priv.-Tel.) Das Budget für 1904 weist ein Defizit von etwa 2 Millionen auf. Die Regierung prüft wegen der anhaltenden Defizits die Frage einer Steuererhöhung.

FÄCHER Bernhard Schäfer PRAGER STRASSE 7.